

WIRTSCHAFT & ETHIK

*Das Magazin der Gesellschaft zur Förderung
von Wirtschaftswissenschaften und Ethik e.V.*

33. Jahrgang

2/2023

Wahrhaftigkeit



Inhalt:

- 02 Editorial**
Werner Lachmann
Meinung
- 03 Inflation und Geldwertvertrauen in der „Zeitenwende“**
Dirk Wentzel
Katarina Marošević
Grundfragen der Wirtschaftsethik LVI
- 07 Wo bleibt die Wahrhaftigkeit?**
Werner Lachmann
Meinung
- 09 Unternehmen vor Zeiten des Umbruchs**
Vera Demary
Meinung
- 11 Wirtschaftsberichterstattung und Fertilität – eine Untersuchung zu Italien und Deutschland**
Maria Francesca Morabito,
Raffaele Guetto,
Matthias Vollbracht
Daniele Vignoli
- 12 Impressum / Wer wir sind**
Meinung
- 13 „Wen soll ich senden?“ Gedanken zu Christsein und Politik**
Hans-Jörg Naumer
Meinung
- 14 Partner oder Rivale? Neue Einsichten zur Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Volksrepublik China aus ordnungsethischer Perspektive**
Elmar Nass
Meinung
- 13 Wohlstand für alle**
Elmar Nass

Liebe Interessenten und Freunde,

Ein wohl guter Menschenkenner schrieb einst folgendes lustige Gedicht:

*„Wenn jeder hätt' an seiner Stirn
von Glas ein Fensterlein
dahinter die Gedanken schwirr'n
dass man könnt seh'n hinein:
Was gäb' das für ein wildes Laufen
um matte Scheiben einzukaufen.“*



Es wäre eine unheimliche Vorstellung, wenn jeder die Gedanken des anderen sehen könnte. Zwei Vertragspartner besprechen in freundlichem Ton eine Vereinbarung. Wie wäre es, wenn man sehen könnte, dass jeder gedenkt, den anderen „übers Ohr zu hauen“. Da sitzen zwei Liebende beieinander und reden liebevolle Worte. Wie wäre es, wenn sie ihre wahren Gedanken erkennen könnten.

Jesaja hatte einst eine großartige Vision: „Ich sah den Herrn sitzen auf einem hohen und erhabenem Thron“ Mit gewaltiger Stimme riefen Engelfürsten „Heilig, heilig, heilig ist der Herr! Alle Lande sind seiner Ehre voll!“ Wie beeindruckt wird Jesaja gewesen sein, zu sehen, „was kein Auge gesehen hat“ und zu hören, „was keine Ohr gehört hat“. Überwältigend! Aber wie reagiert er? Gerät er ins Loben und ist berauscht von diesem Einblick? Nein.



das erste Wort Jesajas war: „Weh mir Ich bin unreiner Lippen.“ Er erkennt sein Versagen und sein wahres Wesen vor dem heiligen Gott.

Dieses Erschrecken ist ein entscheidendes Erlebnis aller Menschen, die im Lichte Gottes sich selber erkennen. Da ist ja wirklich einer, vor dem hat jeder ein „Fensterlein aus Glas“. „Der Herr kennt die Gedanken der Menschen“ heißt es in den Psalmen. Diese Erkenntnis macht Christen nicht zu schwärmerischen und emotionalen Leuten. Im Gegenteil, sie ernüchtert und deckt unser Herz auf. Nur nüchterne Leute werden die von Gott frei angebotene Gnade erfassen können. Und dann werden sie auch in dieser gefallen Welt lebensfähig sein.

Wir Christen sollten wieder vermehrt den Mut aufbringen, auf Gottes Größe und Barmherzigkeit hinzuweisen, darauf, dass wir uns vor ihm nicht verstecken können und auch nicht müssen, und uns – wie Jesaja – zum missionarischen Dienst berufen lassen. Wir ahnen gar nicht, in welchem hohen Masse viele Menschen diese lebensverändernde Botschaft brauchen und sich nach Wahrheit, Vergebung und Lebenssinn sehnen.

In diesem Sinne möchte ich auch auf unsere nächste Tagung in Bad Staffelstein vom 9.-11. November zum Thema „Die moralischen Grenzen von Märkten“ hinweisen. Dort haben wir die Gelegenheit auch aus christlicher Sicht die Möglichkeiten und Grenzen von Märkten zu diskutieren. Ich würde mich freuen, Sie dort zu treffen.

Mit allen guten Segenswünschen

Ihr/Euer

Werner Lachmann
Ehrenvorsitzender der GWE

Sie wollen Wirtschaft & Ethik regelmäßig beziehen – als Privatperson, Unternehmen oder Verband?

Abonnieren Sie uns! Kostenlos!

Eine kurze Nachricht genügt:
info@wirtschaftundethik.de
oder **0175/111 70 55**
(Telefon, WhatsApp, SMS).



Liken Sie die GWE bei Facebook!

EDITORIAL

Inflation und Geldwertvertrauen in der „Zeitenwende“

von Dirk Wentzel¹
und Katarina Marošević²



Die Rückkehr der Inflation: Zeitenwende auch in der Geldpolitik?

Zu Beginn der Pandemie 2020 befand sich die Europäische Zentralbank (EZB) unter großem Druck. Die Gefahr der Deflation stand im europäischen Raum und die realisierte Teuerungsrate hatte bereits mehrfach den negativen Bereich erreicht. Von sog. „japanischen Verhältnissen“, also einer chronischen Deflation mit gleichzeitiger Wachstumsschwäche, war die Rede. Die Kritik aus der Öffentlichkeit und der Politik, aber auch aus der wissenschaftlichen Fachwelt war groß und die EZB wurde zu einer expansiven Geldpolitik aufgefordert, die sie mit vielfältigen Programmen – etwa den *Pandemic Emergency Purchase Programs* (PEPP) oder den *Asset Purchase Programs* (APP), auch durchführte.

Im Frühherbst 2021 drehte sich jedoch die Entwicklung selbst für die Analysten der EZB und für die akademische Fachwelt überraschend schnell. Weltweit unterbrochene Lieferketten im Anschluss an die Corona-Pandemie, die Abschottung des chinesischen Marktes und ein scharfer Anstieg der Energiepreise führten zu einer überraschend hohen Inflation, die im Oktober 2021 in Deutschland bereits über vier Prozent lag und damit einen Rekordwert nach fast 28 Jahren erreicht hatte. Der für viele überraschende Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 zündete dann jedoch die nächste Stufe der Preissteigerungen – und zwar nicht nur in Deutschland und Europa, sondern weltweit.

Die deutschen zweistelligen Rekordwerte führten zu der höchsten Inflation seit 1951 – und nährten damit Urängste, die in den beiden deutschen Hyperinflationen zu Beginn des vergangenen Jahrhunderts historisch und nachvollziehbar begründet liegen. Aber auch in den USA und in Großbritannien wurden zweistellige Inflationsraten erreicht und Länder wie etwa Argentinien mit einer Inflation größer als 100 Prozent oder auch die Türkei drohten im geldpolitischen Chaos zu versinken. Es ist überraschend, aber nicht zu leugnen oder zu bezweifeln: Das Gespenst der Inflation ist zurück mit allen negativen Konsequenzen, wie sie aus der Wirtschaftsgeschichte bekannt sind – vor allem für

Menschen mit einem sehr geringen Einkommen und wenig Ausweichmöglichkeiten in alternative Anlageformen oder Zahlungsmittel.

Aus der Perspektive der Währungspolitik, aber auch der Wirtschaftsethik ist zu fragen, inwieweit die Inflation von der (weltweiten) Geldpolitik unbewusst oder gar bewusst verschuldet wurde, oder ob es nur eine (Überschuss-) Reaktion der weltweiten Güter- und Finanzmärkte aufgrund der Pandemie und des russischen Krieges ist und damit eher temporärer Natur. Ist die lange Phase der weltweit moderaten Inflationsraten vorbei und kommt eine neue Phase der Geldwertverschlechterung? Oder können die Menschen – zumindest in Deutschland und Europa – auf eine baldige Wiederkehr der Stabilitätspolitik hoffen?

Geldpolitische Entwicklung im Zeitalter geopolitischer Krisen

Am 27. Juli 2022 trat die EZB entschieden und glaubwürdig auf die geldpolitische Bremse und beendete die historisch lange Phase der sog. Nullzinspolitik, die selbst für private Anleger mit Strafzinsen und sog. „Verwarentgelten“ verbunden war. Dem ersten Zinsschritt auf 0,5% folgten acht weitere Schritte auf 4% (Juni 2023), was eine deutliche Abschwächung der gesamteuropäischen Inflationsrate zur Folge hatte. Auch die „ältere Schwester“ der EZB, die amerikanische FED, ist auf einen deutlichen Kurs der Inflationsbekämpfung eingeschwenkt – trotz der zwischenzeitlich aufflackernden Bankenkrise in den USA und in der Schweiz. Am 31. März 2023 titelte die Börsenzeitung, dass die „Inflation in Deutschland stark zurückgeht, die Arbeit der EZB aber noch nicht erledigt sei“.

Für die breite Öffentlichkeit ist die Inflation zunächst einmal nur eine Zahl, die aber politisch hoch sensibel ist und sofort zu Reaktionen führt – etwa der Finanzmärkte oder aber der Gewerkschaften, die bei hohen Inflationsraten durchaus nachvollziehbar eine Kompensation fordern. Dies birgt natürlich die Gefahr einer Lohn-Preis-Spirale, wie sie zwangsläufig auf Phasen ansteigender Inflation folgt. Inflation verschwindet also nicht unmittelbar, sondern ebbt in Zweit- und Drittrundeneffekten

1 Prof. Dr. habil. Dirk Wentzel, Jean Monnet Chair for European Economic Integration, Hochschule Pforzheim.

2 Prof. Dr. Katarina Marošević, Universität Osijek, Kroatien.

langsam ab. Wichtig ist, dass die EZB dabei klar und eindeutig das Ziel vorgibt, nämlich die Rückkehr zu 2% pro Jahr (vgl. die Rede von Bundesbankpräsident Nagel am 22. Juni 2023 in der Bundesbank).

Die Komplexität der Inflationsberechnung ist vielschichtig und wird von zahlreichen Faktoren auf Geld- und Gütermärkten beeinflusst. Es gibt viele Möglichkeiten, Inflation zu messen – etwa die statistischen Indizes von *Laspeyres* oder *Paasche*. Je nach Definition des relevanten Warenkorbes und nach der wirtschaftlichen Struktur eines Landes können höchst unterschiedliche Inflationsraten ausgewiesen werden. Dies erklärt beispielsweise, warum derzeit bei den Ländern der Eurozone – die ja alle Teil der einheitlichen Geld- und Währungspolitik der EZB sind – so unterschiedliche Inflationsraten vorliegen können. Während die Inflation in Lettland etwa bei 20 Prozent liegt, kommen Luxemburg und Spanien mit Werten um die sechs Prozent vergleichsweise moderat davon. Und auch in den 50 Staaten der USA werden unterschiedliche Inflationsraten ausgewiesen – trotz einheitlicher Geldpolitik der FED.

Inflation kann verschiedene Erscheinungsformen annehmen – etwa die offene oder die verdeckte Inflation. In diesem Zusammenhang ist auch wichtig zu wissen, dass Inflation eine höchst individuelle Dimension hat: Die statistisch gemessene und ausgewiesene Inflation kann sich von der individuell gefühlten Inflation unterscheiden. Aus diesem Grund bietet beispielsweise das statistische Bundesamt auf seiner Website die Berechnung einer persönlichen Inflationsrate an, persönlich zugeschnitten auf die individuellen Konsum- und Verhaltensmuster.

Inflation kann als offene Preisinflation auftreten, was dann häufig bei autoritären Regierungen zu Preisfixierungen führt. Deren Folge ist dann die sog. Kassenhaltungsinflation: Die Bargeldbestände der Bevölkerung wachsen an, aber de facto kann die Bevölkerung auf den leergefegten Märkten nichts kaufen. Die Wirtschaftspolitik in der ehemaligen DDR arbeitete mit solchen Preisobergrenzen. Ein Auto der Marke Trabant kostete zwar „nur“ 5000 Mark der DDR, war aber mit einer durchschnittlichen Wartezeit von ca. 14 Jahren verbunden.

Inflation kann hausgemacht, also von einer fehlerhaften Geldpolitik der heimischen Notenbank verursacht worden sein. In offenen Volkswirtschaften kann Inflation allerdings auch importiert werden – etwa über Vorprodukte oder Rohstoffe. Gegen diese Art von importierter Weltinflation ist eine Zentralbank weitestgehend machtlos – vor allem in kleinen Ländern. Dieses Argument ist der Hauptgrund, warum viele kleine Länder in Osteuropa zunehmend der Eurozone beitreten wollen oder sogar schon einseitig und freiwillig beigetreten sind.

Das Tempo der Inflation ist ebenfalls ein zentrales Unterscheidungskriterium und ein entscheidender Ansatzpunkt für Maßnahmen der Inflationsbekämpfung. Zumeist beginnt Inflation in schleichender Form mit geringen Raten, die sich aber verfestigen können. Dem gilt es in der Geldpolitik frühzeitig entgegenzuwirken (vgl. *Nagel 2023*). Auch moderate Inflationsraten können innerhalb eines Jahrzehnts die Kaufkraft einer Währung gravierend beeinflussen und zu dauerhaften Lohn-Preis-Spiralen führen. Wenn die Inflation erst einmal Fahrt aufnimmt und zur galoppierenden Inflation wird, sind die Kosten der Inflationsbekämpfung bereits exorbitant hoch. Bei Hyperinflation gehen die Inflationserwartungen der Individuen ins Unendliche und es kommt zum Zusammenbruch der Währung. Wenn es zu diesem Szenario kommt, hilft nur noch eine Währungsreform mit einer neuen Währung – und wenn möglich einer neuen institutionellen Zentralbankstruktur mit unabhängiger Zentralbank.

Erklärungen für Inflation und Stabilitätsoptionen

Die sog. Quantitätstheorie stellt der monetären Seite eine realwirtschaftliche Seite gegenüber. Eine Erhöhung der Geldmenge führt im Normalfall (*ceteris paribus*) zu einer Erhöhung der Preise und im extremen Fall zu Inflation. Die Quantitätstheorie kann Inflation und Deflation für geschlossene Volkswirtschaften relativ gut erklären und ist auch methodisch für Studierende wertvoll. In offenen Volkswirtschaften reduziert sich der Erklärungsgehalt jedoch stark. Für die Weltwährungen Euro und Dollar geht der Erklärungsgehalt sogar gegen Null, weil es zu zahlreichen Geldabflüssen und -zuflüssen kommt, die die Zentralbank kaum beeinflussen kann. So ist der Euro wie der US-Dollar eine weltweite Reservewährung. Zudem wird der Euro in vielen Ländern als sog. Parallelwährung verwendet – auch in der EU. In Polen, Ungarn oder der tschechischen Republik ist der Euro stark verbreitet – vor allem in touristischen Zentren wie Budapest oder Prag. Auch die Kleinstaaten Andorra, Monaco, San Marino und der Vatikan verwenden den Euro ebenso wie die Europäischen Drittstaaten Montenegro und der Kosovo. Der Euro wird auch in der Schattenwirtschaft in Osteuropa (Russland) als Bargeld verwendet, was die geldpolitische Planung der EZB zusätzlich erschwert.

Der Kern einer stabilen Währung liegt in der Notenbankautonomie, also der personellen, institutionellen, finanziellen und instrumentellen Unabhängigkeit der EZB (vgl. *Wentzel 1995*). Was für Volkswirte eigentlich selbstverständlich ist, findet in der Politik aber keinesfalls überall Unterstützung, wie ein Blick etwa nach Latein-Amerika oder in die Türkei eindeutig zeigt.



Foto: unsplash, Finn Protzmann

Und auch im EU-Mitgliedsland Polen, das sich bisher ja trotz unterschriebenem EU-Vertrag gegen die Einführung des Euro sträubt, gibt es in der Regierungspartei sehr kritische Stimmen gegen die Europäische Währung. Wichtig ist zudem zu wissen, dass Notenbankautonomie nur funktionieren kann, wenn die Zentralbank nur ein einziges Ziel verfolgt, nämlich die Geldwertstabilität: Nur eine „single issue Central Bank“ kann eine erfolgreiche Zentralbank sein. Werden Ziele, für die eigentlich die Fiskal- und/oder Ordnungspolitik Sorge tragen müssten, zusätzlich aufgeladen (hohe Beschäftigung, Wachstum, Klimaschutz, Verteilungsziele), so gerät eine Zentralbank unverzüglich in den Strudel der Tagespolitik – zum Nachteil der Geldwertstabilität.

Kritiker und Euro-Skeptiker werfen der EZB vor, sie habe die Kontrolle über die Geldmenge verloren und die Über-Liquidität müsse sich zwangsläufig in Inflation äußern. Dieser Vorwurf ist nicht gerechtfertigt, denn die EZB kann die Geldmenge jederzeit über die Veränderung der Laufzeiten und Rückkaufprogramme wieder „geräuschlos“ reduzieren. Die in der Corona-Krise aufgelegten Programme APP und PEPP laufen aus (Rede von Bundesbankpräsidenten Nagel am 22.06.2023) und Liquidität kann wieder zurückgeführt werden. Die EZB verfügt nicht nur über Instrumente mit hoher Signalfunktion (Leitzins), sondern zugleich über zahlreiche Feinststeuerungs-Instrumente, die sich in den vergangenen Herausforderungen bewährt haben.

Die hohen Inflationsraten in Deutschland sind durch zahlreich nicht-monetäre Sonderfaktoren im Zusammenhang mit den beiden großen geopolitischen Krisen (Corona-Pandemie und Russland-Krieg) beeinflusst worden. Die Rohölpreise lagen im Januar 2020 bei 20 Dollar pro Barrel, im Dezember 2020 schon bei 100 Dollar p/B, eine drastische Verteuerung also, die auch jeder einzelne Verbraucher leidvoll an der Tankstelle erfahren konnte. Auch die Gaspreise sind regelrecht explodiert: Am 31.12.2020 lag der Gaspreis bei 18 Euro pro MWh, nur neun Monate später am 21.09.2021 schon bei 78 Euro pro MWh. Diese Preiserhöhungen gingen einerseits direkt in die Inflationsrate ein, andererseits aber auch indirekt, weil vor allem energieintensive Güter die höheren Energiepreise an den Endverbraucher weitergaben. Zu den preistreibenden Faktoren trug zudem die Störung der Lieferketten (Chips) bei, weil viele Engpassgüter betroffen waren – etwa in der Automobilindustrie. Zusammenfassend lässt sich festhalten, was auch die IWF-Chefökonomin *Gita Gopinath* auf der virtuellen Konferenz der EZB am 28.09.2021 feststellte: Die Sondereffekte der geopolitischen Krisen wirkten auf die Inflationsrate: Eine dauerhafte strukturelle Fehlentwicklung liegt jedoch nicht vor.

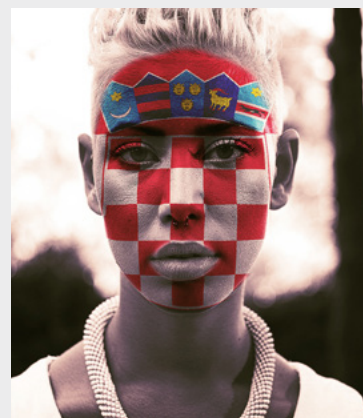
Währungsvertrauen – Vertrauenswährung Euro?

Währungsvertrauen ist ein Begriff, der auch aus wirtschaftsethischer Perspektive interessant ist, wenn es um Geldwertstabilität in der sog. „Zeitenwende“ geht. Der Begriff ist keineswegs neu: Er geht auf die sog. „Psychologie des Geldes“ zurück, die der Kölner Ökonom *Günter Schmölders* 1966 publizierte. In seiner Untersuchung über das Vertrauen, das die Menschen ihrem Geld entgegenbringen, machte er in einer empirischen Befragung eine sehr ungewöhnliche Beobachtung. Auf die Frage, ob die Preise in Deutschland steigen werden, antwortete die Mehrheit der Probanden mit Ja: „Selbstverständlich wird alles teurer“. Auf eine zweite Frage, ob die Menschen die Deutsche Mark (DM) als stabile Währung ansehen würden, kam ebenfalls die Antwort: Ja: „Die Deutsche Mark ist eine sehr starke und stabile Währung“. Die Probanden erkannten offensichtlich nicht, dass die Stabilität einer Währung letztlich in der Preisniveaustabilität gemessen wird. Die beiden Antworten stellten also quasi einen

Widerspruch in sich dar. *Schmölders* erklärte dieses Ergebnis mit der Unterscheidung von Geldwertvertrauen (Stabilität oder Instabilität der Preise) und Währungsvertrauen – also einem generellen Vertrauen in die Institution der Zentralbank und die Dauerhaftigkeit der Währung.

Die Erkenntnisse von *Schmölders* könnten nicht aktueller sein als in einer Phase der Geld- und Währungspolitik, in der erstmals seit 1951 wieder Inflationsraten in eine Höhe schießen, die noch ein Jahr zuvor vor völlig unvorstellbar waren. Eine sehr spannende europäische Perspektive eröffnet sich vor dem Hintergrund, dass das neueste EU-Mitgliedsland Kroatien just auf dem Höhepunkt der europäischen und weltweiten Inflation am 1. Januar 2023 den Beitritt zur Eurozone vollzogen hat. Haben die Menschen in Kroatien wirklich Vertrauen in die neue Währung? Und lässt sich die *Schmöldersche* Unterscheidung von Geldwertvertrauen und Währungsvertrauen auch im neuesten Euroland feststellen?

Zur Klärung dieser Frage wurden an vier kroatischen Universitäten (Osijek, Zagreb, Split und Rieka) ca. 600 Studierende befragt. Es zeigte sich das gleiche Ergebnis wie bei *Schmölders* (1966): Auch die Mehrheit der Kroatinnen und Kroaten erwartet steigende Preise, sieht den Euro aber als eine starke und stabile Währung. Überraschend war, dass eine große Mehrheit der Befragten eine positive Wirkung des Euro auf die wichtigste kroatische Industrie erwarten – den Tourismus (ausführlich *Marosevic* und *Wentzel* 2023). Es ist festzuhalten, dass Deutschland und Kroatien sehr unterschiedlich auf die Einführung des Euro reagiert haben. In Deutschland waren die Menschen bei der Euroeinführung als Bargeld 2002 eher skeptisch („Der Euro ist ein Teuro“) und es gab viel „DM-Nostalgie“. In Kroatien hingegen sah man die Euroeinführung wesentlich positiver. Dies mag aber daran liegen, dass die alte Währung KUNA ebenfalls häufig mit Inflation zu kämpfen hatte und niemals zuvor ein Stabilitätsanker für ganz Europa war – wie die DM seit den frühen 70er Jahren.



Der Europäische Weg raus aus der Inflation

Der Begriff der Zeitenwende wurde von Kanzler Olaf Scholz nach dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine geprägt. Er ist ein zutiefst politischer Begriff, der den Sachverhalt beschreibt, dass erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg wieder versucht wird, in aggressiver militärischer Form Grenzverschiebungen in Europa durchzuführen. Dies kann in der Tat als ein fundamentaler Paradigmenwechsel in der europäischen Politik bezeichnet werden.

Auch die Geld- und Währungspolitik ist im direkten Zusammenhang mit der Corona-Pandemie und dem Angriffskrieg Russlands unmittelbar betroffen. Allerdings kann keineswegs von einem Paradigmenwechsel gesprochen werden: Das Ziel der Geldpolitik, nämlich die Erhaltung der Geldwertstabilität, stand und steht keineswegs zur Disposition (vgl. *Nagel* 2023).

Die gegenwärtige Inflation ist nach Meinung der meisten Experten und auch der Vertreter der EZB, der Deutschen Bundesbank und des IWF nicht allein durch monetäre Faktoren verursacht. Explodierende Rohstoffpreise, gesprengte Lieferketten,



Nahrungsmittellengpässe aufgrund des Ausfalls ukrainischer Getreidelieferungen, aufgestaute Nachfrage, also eine Kombination aus Angebots- und Nachfrageschocks, haben zu dieser schwierigen Gemengelage mit weltweit hohen Inflationsraten geführt. Diese Entschuldigung entbindet die Währungshüter jedoch nicht von der Verpflichtung, sich möglichst zeitnah wieder an das vorgegebene Inflationsziel heranzuarbeiten.

Die „Eurozone flirtet mit fiskalischer Dominanz“ – so äußerte sich Pierre Wunsch, Mitglied des EZB-Rates. Dies bedeutet, dass die EZB keine vollständig autonome Geldpolitik betreiben kann, weil sie immer die Refinanzierung der Staaten im Hinterkopf hat. Bei der Rückführung der Inflationsrate kann und darf es aber keine Rücksicht auf einzelne Staaten geben: Die Wiedergewinnung des Zinses als Orientierung für Investitionsentscheidungen und Geldeinlagen muss ordnungspolitisch im Vordergrund stehen. Nach wie vor gilt: Die EZB darf keine Staatsanleihen direkt ankaufen – sie kann und darf keine Fiskalpolitik betreiben. Dies ist und bleibt die offene ordnungspolitische Flanke der Europäischen Geldpolitik: Eine gemeinsame Geldpolitik bei unterschiedlicher nationaler Fiskalpolitik.

Die EZB muss mit höchster Priorität an der Bekämpfung der Inflation und der Rückkehr zur Geldwertstabilität arbeiten. Die Glaubwürdigkeit hat natürlich Kratzer erhalten. Wenn es aber gelingt, relativ rasch durch diese Krise zu kommen und die Geldwertstabilität zurück zu gewinnen, könnte sie sogar mittelfristig gestärkt werden. Währungsvertrauen – so zeigt es auch die aktuelle Untersuchung in Kroatien – hängt nicht nur von den kurzfristigen Inflationsraten ab, sondern von der langfristigen Struktur einer Währung und den Institutionen einer Zentralbank. Kurzfristig besteht keine Sorge, dass das Ziel der Geldwertstabilität aus dem Blick geraten könnte. In der langen Frist müssen die Fiskalpolitik und die staatliche Ausgabenpolitik aber wieder ins Gleichgewicht mit der Europäischen Geldpolitik kommen. In den letzten 800 Jahren (vgl. *Reinhardt und Rogoff*

2009) sind alle Zusammenbrüche des Geldes durch zerrüttete Staatsfinanzen verursacht worden. Die Begrenzung der Staatsverschuldung ist die wichtigste Voraussetzung für langfristige Geldwertstabilität. Die Rückkehr zur „schwarzen Null“ muss mittelfristig wieder zum Ziel der Politik werden – selbst wenn es derzeit in der deutschen Politik nicht sonderlich populär erscheint. Die Überforderung der EZB durch die Politik, etwa nun für Klimaschutzziele, ist eine große Gefahr. Eine unmittelbare und dauerhafte Inflationsgefahr oder gar eine Gefährdung des Projektes einer europäischen Einheitswährung ist jedoch derzeit (noch) nicht festzustellen!

Literaturhinweise:

- Alesina, Alberto und Lawrence H. Summers. 1991. *Central Bank Independence and Macroeconomic Performance. Some Comparative Evidence*. Harvard University.
- Börsenzeitung. 2023. Inflation. Viele Gefahren, Börsenzeitung vom 31.03.23, S. 1.
- Beck, Hanno und Dirk Wentzel. 2011. Ordnungspolitische Überlegungen zu Staatsinsolvenzen und einer Insolvenzordnung für Staaten. *ORDO*, 62, Stuttgart: S. 71-100.
- Beck, Hanno und Dirk Wentzel. 2012. Ist der Euro noch zu retten? in: Deutschland und Europa, hrsg. von der *Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg*, Sonderheft zur Eurokrise, April 2012: S. 26-35.
- Marošević, Katarina und Dirk Wentzel. 2023. Trust in Currency – The Case of the Euro Introduction in Croatia, Vortrag und Artikel präsentiert beim Internationalen Forschungsseminar Radein, Südtirol/Italien, am 9. Februar 2023.
- Nagel, Joachim. 2023. Stabiles Geld in den Köpfen verankern. Rede anlässlich des zehnjährigen Jubiläums des „Aktionskreises stabiles Geld“ am 22. Juni 2023 in den Räumen der Deutschen Bundesbank, Frankfurt.
- Reinhart, Carmen M. und Kenneth S. Rogoff. 2009. *This Time is Different: Eight Centuries of Financial Folly*. Princeton University Press.
- Wentzel, Dirk. 1995. Geldordnung und Systemtransformation: *Ein Beitrag zur ökonomischen Theorie der Geldverfassung*. Schriften zum Vergleich von Wirtschaftsordnungen, Bd. 50. Stuttgart, Jena, New York, Gustav Fischer Verlag.
- Wentzel, Dirk. 2013. Europa in (Un-) Ordnung: Zur institutionellen Evolution einer europäischen Stabilitätsordnung, Beitrag zu den Karlsruher Gesprächen am *Karlsruhe Institute of Technology*, KIT, Karlsruhe.



Prof. Dr. Katarina Marošević
Chair of the Economic Science at the Faculty of Law Osijek, Croatia



Prof. Dr. Dirk Wentzel
Jean Monnet Chair in European Economic Integration Hochschule Pforzheim



Foto: unsplash, Luca Bravo

Wo bleibt die Wahrhaftigkeit?

Wer Werbung ansieht, wird mit wohlmeinenden Informationen förmlich befeffert. Crèmes versprechen eine geschmeidige Haut und Schönheit, bestimmte Früchte verheißen langes Leben und Gesundheit, die Auswahl an Pillen für ein glückliches Leben ist immens, eigentlich dürfte keiner mehr krank sein. Natürlich werden nur die positiven Eigenschaften der Produkte genannt. Motorräder werden mit riesiger Freude gefahren; tolle Kleidung reizt Männer zu Liebesschwüren und Versicherungen versprechen Absicherung des Glücks bis ins Alter. Die Werbeindustrie gibt sich große Mühe. Aber wie wahrhaftig ist die Werbung?

Werbung muss wirken, zumindest kurzfristig. Es ist zu vermuten, dass leider nicht alles wahr ist, was in der Werbung suggeriert wird. Sport- und Filmgrößen verraten, was sie kaufen und der einfache Bürger hätte auch gerne einmal das tolle Gefühl, diese Dinge zu besitzen. Ob diese Größen diese Produkte wirklich nutzen?

Die Werbeindustrie boomt und schafft erstaunliche Anreize. Die Menschen wollen anscheinend betrogen werden und sie werden verführt. Mich nervt allerdings mittlerweile die penetrante Werbung und ich kaufe das angebotene und beworbene Produkt dann extra nicht. Werbung hat auch im Fernsehen eine (zu!) hohe Priorität. Kommt eine Sportveranstaltung zeitlich mit den Nachrichten in die Quere, dann werden die Nachrichten gekürzt – aber die Werbesendung erscheint dann insgesamt länger als der Nachrichtenteil. Und das obwohl ich fürs Fernsehen bezahlen muss und mich nicht gegen zu viele Werbesendungen wehren kann.

Wahrhaftigkeit hat abgenommen. Verwiesen sei auf kriminelle Anrufe mit Versprechungen, die günstige Produkte

anbieten, sich bezahlen lassen, und nie liefern. Ahnungslos fallen Bürger auf Betrüger herein und haben plötzlich einen lang laufenden Vertrag am Hals. Wo beginnt der Betrug? Was ist noch seriöse Werbung? In der Bibel heißt es einmal: Ein Ja sei ein Ja und ein Nein sei ein Nein; alles andere ist von Übel. Leider wird es mit der Wahrheit und Wahrhaftigkeit nicht mehr genau genommen. Und das nicht nur in der Werbung!

Die fehlende Ethik ist ein großes Problem in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung geworden. Was gehört eigentlich zu einer ethischen Entscheidung? Meines Erachtens gehören die folgenden Punkte dazu.

- Die genannte Wahrhaftigkeit,
- Eine Abwägung der einzelnen Lösungsmöglichkeiten,
- Ein verantwortliches Handeln – aber vor wem verantwortlich? Volk? Gott?

Vor ca. 40 Jahren, so erinnere ich mich, wurde das Kindergeld erhöht. Bei der Erstellung meiner Steuererklärung suchte ich im Formular den bisher abzugsfähigen Pauschbetrag für die Kinderbetreuung. Ich rief bei der Finanzverwaltung an und fragte, wo er geblieben sei. Antwort: Dafür haben Sie doch jetzt ein höheres Kindergeld. Das Mehr wurde an anderer Stelle gestrichen, davon war in den Medien nichts zu hören. Oder: Großartig verkündet ein Minister, dass 1.000 neue Lehrer eingestellt werden, aber die Anzahl der Lehrer, die in Pension gehen, werden wohl nicht gegengerechnet. Kein Zeichen der Wahrhaftigkeit – nur mehr politische Werbung? Könnte man über solche Äußerungen nicht misstrauisch werden?

Was wurde nicht alles bei Finanzanlagen verschwiegen! Sicherheit wurde vorge-

gaukelt; Bilanzen wurden gefälscht, kürzlich wieder bei Wirecard, schon vorher bei vielen großen Konzernen. Störend empfinde ich Anrufe mit dem Inhalt „Sie haben gewonnen“ und dann soll nur ein Abbo abgeschlossen werden – obgleich das Gespräch damit begann, dass der Angerufene unter den letzten Zehn für einen gewonnenen PKW sein soll und der Anrufer nur wissen wollte, welche Marke des PKW erwünscht sei. Manchmal frage ich mich, ob solche Personen, die diese Anrufe tätigen, keine Gewissensbisse mehr kennen. Oder eine Mädchenstimme weint: „Papa, ich habe einen Menschen überfahren, hilf mir. Ich brauche eine Kautions.“ Als ich einmal sagte: „Da musst Du nächstens besser aufpassen“, sagte diese Stimme nur: „Du Arschloch!“ und legte auf.

Solche Erfahrungen machen Menschen misstrauisch. Auf wen und was kann man sich noch verlassen? Man traut dem anderen nicht mehr so leicht. Während in früheren Zeiten ein Handschlag einen Vertrag unter Geschäftsleuten besiegelte, braucht man heute (etwas übertrieben) mehrere Rechtsanwälte, um ihn juristisch sicher zu formulieren.

In diese Aufstellung gehören auch die Vertrauenskrisen bei der Deutschen Bank oder die Abgasskandale deutscher Autohersteller. Man hätte gewarnt sein können. Es gab nach den Skandalen jeweils Krokodilstränen und hehre Worte – aber es änderte sich nichts. „Das Herz des Menschen ist böse, von Jugend auf“ (1. Mose 8,21), steht schon auf den ersten Seiten der Bibel. Das „Böse“ beinhaltet auch den Betrug und die Ausbeutung durch die Wohlhabenden. Es wird sich auch in Zukunft nichts ändern – es sei denn, wir bekommen einen neuen Menschen. Den wollten schon die sozialistischen Staaten schaffen – was aber nicht gelang.

Dazu kommen Korruptionsgefahren bei Politikern. „Des Geldes wegen haben schon viele gesündigt“ sagt die Bibel (Sirach 27,1). Es fehlen für das politische System als Ganzes positive Anreize. Beispielsweise könnte man finanzielle Nebentätigkeiten der Abgeordneten generell verbieten (um die Korruptionsgefahr einzudämmen) und dafür die Diäten erhöhen. Die Diäten könnten außerdem von bestimmten Erfolgsindikatoren abhängig gemacht werden, wie von der Höhe der Quote der Arbeitslosigkeit. Politiker hätten einen persönlichen Anreiz, sich für bestimmte politische Ziele einzusetzen, da sie davon auch persönlich einen Nutzen haben (ohne Korruption). Bei hoher Arbeitslosigkeit gibt es eine Diätenkürzung, dann hätten Politiker ein Interesse daran, Arbeitslosigkeit langfristig zu bekämpfen. Ähnliches könnte für das Staatsschuldenproblem angedacht werden.

Die Korruption von Führungskräften kann mit dem ökonomischen Modell des „Prinzipal-Agenten“ (principal agent) analysiert werden. Das Principal-Agent-Problem zeigt die Kollision der Interessen des einzelnen Funktionsträgers mit dem übergeordneten Interesse des Auftraggebers. So ist beispielsweise der Wähler der Auftraggeber (Prinzipal) und der Politiker ist der für den Wähler handelnde Agent. In einer Firma handelt das Management im Auftrag der Eigentümer. Das sich hierbei ergebende Problem entsteht bei der Festlegung der Vertragsregeln. Dem Auftraggeber ist es meist nicht möglich, den Agenten zu überwachen. Der Agent hat also einen bestimmten Freiheitsspielraum. Die Regeln müssen nun so gesetzt werden, dass das Interesse des Agenten dahin gelenkt wird, im Sinne des Prinzipals zu handeln. Daher werden Anreize notwendig. Solche Anreize bestehen dann in bestimmten

Aktienoptionen, Tantiemen, Gewinnbeteiligung usw. Hiermit möchte man erreichen, dass das Interesse des Auftraggebers auch vom Agenten beachtet wird. Vollständig abgesicherte Verträge sind jedoch nicht möglich. Und aus diesem Grunde ist Vertrauen notwendig. Hätte der Prinzipal einen vertrauenswürdigen Agenten, dann könnte er sich darauf verlassen, dass der auch in seinem Sinn bestmöglich handelte und den Prinzipal nicht hinterginge.

Der Sittenverfall zu vieler Führungskräfte in großen Kapitalgesellschaften deutet demzufolge zweierlei an: Die individuelle Moral, das Vertrauen, die Zuverlässigkeit, haben nachgelassen. Auf der anderen Seite besteht der Verdacht, dass die Rahmenbedingungen nicht optimal gestaltet waren. Es muss noch einmal betont werden, dass die moralischen Missstände der Führungsetagen in Wirtschaft und Politik sich kaum durch moralische Appelle überwinden lassen, sondern höchstens nur durch institutionelle Reformen.

Im Gegensatz zu den großen Konzernen unterliegt der Mittelstand kaum dem Prinzipal-Agenten-Problem. Der Mittelständler ist im Allgemeinen auch Eigentümer seines Unternehmens, ist damit Prinzipal und Agent zugleich. Daher gibt es im Mittelstand in einem viel geringeren Maße innerbetriebliche Korruption. Es war m. E. ein falscher Weg, die großen Personengesellschaften vor längerer Zeit in Kapitalgesellschaften umzuwandeln, damit sie leichter Zugang zur Börse hätten und somit einfacher an finanzielle Mittel zur Expansion kommen könnten. Dies hat das Prinzipal-Agenten-Problem in der Wirtschaft erhöht.

Es gehört mehr Intelligenz dazu, langfristig erfolgreich zu investieren, als kurzfristige Schnäppchen zu machen. Jedoch

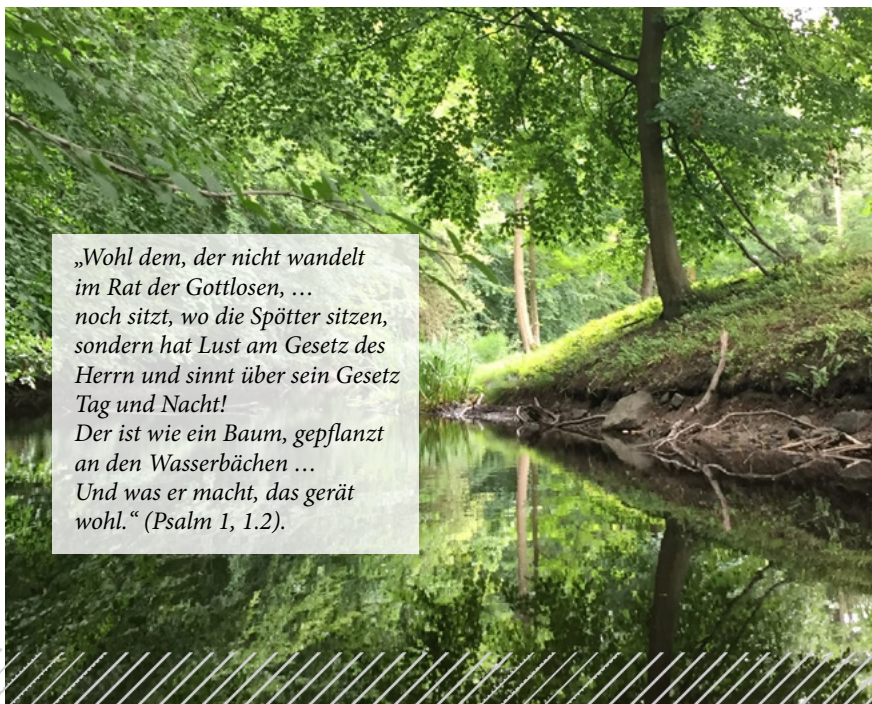
haben die kurzfristigen wirtschaftlichen Entscheidungen langfristige Wirkungen, wobei erfolgreiche Spekulation langfristig ausgleichend wirken kann.

Die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Probleme, die durch die Skandale in der Wirtschaft und Politik hervorgerufen werden, lassen sich nicht durch Moral in der Politik lösen. Das Eigeninteresse ist meist stärker als die moralische Integrität. Regeln müssen so geändert werden, dass der Betreffende eben nicht zu seinem eigenen Vorteil die Rahmenbedingungen festlegen kann. Wer beschränkt schon freiwillig seine Handlungsmöglichkeiten? Transparenz und Wettbewerb sind notwendig, um zu einem besseren moralischen Verhalten zu führen. Eine ständige Ausrichtung des Einzelnen auf seinen GOTT, Schöpfer und Richter kann der Gesinnungsethik aber mehr Gewicht geben.

Das ethische Verhalten könnte dadurch beeinflusst werden. Ein Christ müsste sich langfristig optimal verhalten. In seinem Verhalten ist er nicht nur als Agent dem Prinzipal verantwortlich, sondern GOTT als Schöpfer ist der letzte Prinzipal, der keine Überwachungsprobleme kennt. Wenn ein Mensch sich in Verantwortung seiner wirtschaftlichen Entscheidungen von seinem Gewissen prägen lässt, müsste es eigentlich auch einen inneren Anreiz geben zum normgerechten Verhalten und dort, wo die Rahmenbedingungen unklar sind, sich im gesamtwirtschaftlichen Interesse zu verhalten.

Die negative Erfahrung hinsichtlich der Wahrhaftigkeit der Menschen scheint schon alt zu sein. Dem römischen Statthalter Pilatus bezeugte Jesus, dass er von der Wahrheit zeuge. Darauf fragte schon damals Pilatus: Was ist Wahrheit? Und Jesus bezeugt: „Ich bin die Wahrheit“! Die Wahrheit ist aus christlicher Sicht eine Person, nicht nur die Übereinstimmung zwischen Aussage und Wirklichkeit wie im griechischen Wort Ἀλήθεια, das soviel bedeutet wie „sagen, wie es ist“. Daher müssten Christen auch in der Wahrheit wandeln. Doch was ist Wahrheit? Wie wandelt man wahrhaftig?

Man gewinnt den Eindruck, dass die Wahrheit bald per Gesetz oder EU-Verordnung festgelegt wird. Jahrhunderte alte Überzeugungen werden überraschend schnell verpönt und seltsame Überzeugungen nehmen Überhand. Und keiner lacht? Dazu gehören m. E. auch das Gendern und die seltsame Regelung, dass sich Menschen alle Jahre ein neues Geschlecht geben können. Wie sinnvoll ist eine solche Personaleintragung (wenn



*„Wohl dem, der nicht wandelt
im Rat der Gottlosen, ...
noch sitzt, wo die Spötter sitzen,
sondern hat Lust am Gesetz des
Herrn und sinnt über sein Gesetz
Tag und Nacht!
Der ist wie ein Baum, gepflanzt
an den Wasserbächen ...
Und was er macht, das gerät
wohl.“ (Psalm 1, 1.2).*

Foto: unsplash, Charlotte Aulstad

es nicht das natürliche Geschlecht ist, das sich nicht verändern lässt), wenn es jährlich geändert werden kann?

In der Bibel ist davon die Rede, dass Gott gegen Ende der Zeiten „kräftige Irrtümer“ (Luther) senden werde. „Darum sendet ihnen Gott kräftige Irrtümer, dass sie der Lüge glauben“ (2. Thessalonicher 2,11). Im Römerbrief (Kap. 1,22) schreibt Paulus „Die sich für weise hielten, sind zu Narren geworden. ... Darum hat sie Gott dahingegeben in schändliche Leidenschaften (V.26)Und wie sie es für nichts geachtet haben, Gott zu erkennen, hat sie Gott dahingegeben in verkehrtem Sinn, so dass sie tun, was nicht recht ist ...“ (V. 28). Der Mensch vertraut der Vernunft! Die Herrschaft der Vernunft in Frankreich (frz. Revolution) führte bekanntlich zum schrecklichen Morden. Das politische Ergebnis war anschließend eine Diktatur (Napoleon). Martin Luther dagegen sah die Ratio kritisch und bezeichnete den Verstand als die Hure des Teufels. Die Vernunft, so Luther, ist ein käufliches Frauenzimmer.

Auch die Vernunft (Ratio) unterliegt den Folgen des Sündenfalls. Wir können uns

nicht auf sie verlassen – obgleich uns Gott damit ein überzeugendes und großartiges Analyseelement geschenkt hat. Aber auch die Ratio braucht einen Fixpunkt. Sie muss irgendwo verankert sein, wenn sie nicht im luftleeren Raum schweben will. Wir brauchen eine Wiederbesinnung auf Gottes Wort. Der Mensch hat sich wieder selber auf den Thron gesetzt und wird scheitern. Auch die Vernunft ist korrumpierbar und auf sie ist nicht unbedingt Verlass.

Der Psalmist drückt dies in einem bekannten Psalm so aus: „Wohl dem, der nicht wandelt im Rat der Gottlosen, ... noch sitzt, wo die Spötter sitzen, sondern hat Lust am Gesetz des Herrn und sinnt über sein Gesetz Tag und Nacht! Der ist wie ein Baum, gepflanzt an den Wasserbächen ... Und was er macht, das gerät wohl.“ (Psalm 1, 1.2).

Es täte gut, wenn in Deutschland wieder mehr Verantwortungsträger sich nach den bewährten Geboten Gottes ausrichten und sie begreifen würden, dass sie sich einmal für ihr Tun vor dem unbestechlichen Richter, vor Gott, verantworten müssen. Bekanntlich ist der Mensch

weise, wenn er sein Handeln vom Ende her denkt, wie schon Mose sagte; „Lehre uns bedenken, dass wir sterben müssen, auf dass wir klug werden“ (Psalm 90,12 - Luther).

Dies lässt sich aber nicht verordnen oder politisch durchsetzen. Hier sind Kirchen und christliche Gemeinden gefragt, Je mehr wirkliche Christen in einer Gesellschaft leben, desto höher müsste der Grad der Wahrhaftigkeit in der Gesellschaft sein. Christen könnten eine Vorbildfunktion übernehmen. Durch die Übergabe vieler Menschen an Jesus Christus (die Bibel spricht von einem neuen Menschen) gäbe es unbeabsichtigte positive Nebenwirkungen für die Gesellschaft. Auch daher sollten wir Christen evangelistischer wirken.



Prof. Dr. h.c. Werner Lachmann Ph.D.

war Inhaber des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftspolitik und Entwicklungspolitik an der Universität Erlangen-Nürnberg. Er ist Gründer und seit 2017 Ehrenvorsitzender der GWE.

MEINUNG

Unternehmen vor Zeiten des Umbruchs

von Vera Demary

Die Wirtschaft hat es nicht leicht. Das gilt zwar grundsätzlich im Spannungsfeld von Innovations-, Wettbewerbs- und Regulierungsdruck. Dies wird an dem Idiom „Die Klage ist der Gruß des Kaufmanns“ deutlich. Derzeit sind die Herausforderungen aber noch vielfältiger. Kurzfristig mussten Unternehmen – nach den Belastungen der Corona-Pandemie und der damit verbundenen Einschränkungen – zusätzlich die durch den russischen Überfall auf die Ukraine ausgelöste Energiepreiskrise bewältigen und mit Sanktionen und Veränderungsnotwendigkeiten in den Lieferketten umgehen. Gleichzeitig mahnt die Bundesregierung ein erhöhtes Risikobewusstsein beim Umgang mit China – dem bedeutendsten Handelspartner Deutschlands – an. Mittel- bis langfristig haben die Unternehmen ein noch dickeres Brett vor sich: die ökologische sowie die digitale Transformation. Gleichzeitig stehen in Deutschland trotz Zuwanderung absehbar nicht

genügend Fachkräfte zur Verfügung und die bürokratischen Belastungen nehmen eher zu als ab. Für in internationale Lieferketten eingebundene Unternehmen stellen sich außerdem zunehmend auch geopolitische Fragen bei Investitions- und Kooperationsentscheidungen, nachdem der Ukrainekrieg gezeigt hat, wie schnell diese Fragen akut werden können.

In derart unsicheren, von der Vielzahl an Herausforderungen geprägten Zeiten, wird es für Unternehmen noch wichtiger, zu priorisieren, wo und worin sie investieren. Aber wie sollten sie das tun? Was sollten sie zuerst angehen? Was ist wirklich wichtig? Wie erreichen sie eine erfolgreiche Transformation unter der Beachtung der Unternehmenswerte sowie Renditeziele?

Die Beantwortung dieser Fragen liegt in der unternehmerischen Verantwortung. Sie ist zudem spezifisch für das jeweilige Unternehmen. Allgemein lässt sich jedoch festhalten,

dass im Unterschied zu den anderen Treibern des Strukturwandels die ökologische Transformation eine Deadline aufweist. Die Politik in Deutschland und Europa hat einen Rahmen vorgegeben: Die EU soll bis zum Jahr 2050 klimaneutral werden, Deutschland sogar schon bis zum Jahr 2045. Dies erzeugt für die ökologische Transformation der Wirtschaft eine große Dringlichkeit, die je nach Quelle sogar Verfassungsrang aufweist.

Gleichzeitig gibt es Zusammenhänge und Abhängigkeiten zwischen den einzelnen Strukturwandeltreibern: Der Dekarbonisierung, der Digitalisierung, der Demografie sowie der Deglobalisierung, die Unternehmen zu berücksichtigen haben. Für die digitale ökologische Transformation braucht es beispielsweise passende Fachkräfte, die aufgrund des demografischen Wandels inzwischen oft knapp sind. Ein Gutes hat diese Situation jedoch auch: Der Umgang von Unternehmen mit den einzelnen Strukturwandeltreibern muss nicht separat und unabhängig voneinander erfolgen, sondern kann zumindest in Teilen komplementär sein und eine Chance darstellen. Ein Beispiel dafür ist die unternehmerische Digitalisierung. So wird die Energiewende nur gelingen, wenn Prozesse digital und Stromnetze smart sind. Die Entwicklung entsprechender Produkte und Dienstleistungen kann zum Erfolg hiesiger Unternehmen beitragen. Wenn Strom stärker dezentral – mithilfe von erneuerbaren Energieträgern – erzeugt wird und kleinteilige Abstimmungsprozesse in Echtzeit notwendig sind, ist Digitalisierung eine notwendige Voraussetzung für die erfolgreiche Umsetzung und gleichzeitig Vorbild für ausländische Unternehmen und andere Staaten.



Ein weiteres Beispiel für das Zusammenwirken der Strukturwandeltreiber: Seit einigen Monaten ist eindrucksvoll erfahrbar, welche umfassenden Möglichkeiten Künstliche Intelligenz (KI) für die Wirtschaft bietet. KI-basierte Chatbots erlauben es beispielsweise, Aufgaben zu delegieren und damit Zeit und Personalressourcen zu sparen. KI in der Produktion kann die Arbeitsabläufe vereinfachen und beschleunigen. Das kann Freiräume für Beschäftigte schaffen, sich anderen Dingen zu widmen. Darin steckt auch die Chance, bestehende oder sich für die Zukunft abzeichnende Fachkräfteengpässe abzumildern.

Neue Technologien wie KI brauchen jedoch einen Rahmen, damit sie erfolgreich eingesetzt werden können, um die Herausforderungen des Strukturwandels zu bewältigen und von den Unternehmen eingesetzt zu werden. Dazu gehört beispielsweise, dass die in Europa entwickelte und genutzte KI den hiesigen Normen und Werten entspricht. Die EU kommt ihrer Aufgabe als Gesetzgeber in diesem Bereich gerade nach und finalisiert ein Gesetz, welches konkrete Vorgaben für KI in Europa macht: Den so genannten AI Act. Das ist gut, denn angesichts der steigenden Komplexität des unternehmerischen Umfelds brauchen Unternehmen einen Gesetzgeber, der bei seiner Tätigkeit mit der technologischen und sonstigen Entwicklung mithalten und schlüssige Regeln setzen kann.

Leider ist das noch nicht in allen Bereichen der Fall. So versucht die EU zwar, den digitalen Binnenmarkt über einheitliche Rahmenbedingungen endlich zu vollenden, ist aber aufgrund ihrer Behäbigkeit und der Dynamik der Digitalisierung trotzdem nicht schnell genug. Auch das zukünftige Strommarktdesign sowie das perspektivische Hochlaufen von grünem Wasserstoff sind Bereiche, die aufgrund ihrer Bedeutung und Komplexität die Aufmerksamkeit der Politik stärker erfordern als dies derzeit der Fall ist. Diese Bereiche haben gemein, dass eine Klärung der Rahmenbedingungen aufgrund neuer Anforderungen oder neuer Technologien notwendig ist. Dies bedeutet nicht notwendigerweise Regulierung, aber Positionierung der Politik. Die bisher fehlende Klärung sorgt für Planungs- und damit Investitionsunsicherheit bei vielen Unternehmen, obwohl diese vor dem Hintergrund der vielfältigen Transformationsanforderungen dringend investieren müssen.

Die ökologische Transformation, aber auch die übrigen Herausforderungen für Unternehmen in dieser Zeit lassen sich nur dann bewältigen, wenn Politik und Wirtschaft Hand in Hand arbeiten. Die Politik ist als Rahmengerber für die Unternehmen von entscheidender Bedeutung. Zu diesem Rahmen gehören neben gesetzlichen Regelungen und Vorgaben auch infrastrukturelle Voraussetzungen, sei es Straße, Schiene oder digitale Infrastruktur. Hier hinkt der Staat hinterher, schafft es seit Jahren nicht, schnelle Netze in die Fläche zu bringen und versäumt wesentliche Investitionen in die Verkehrswege. Dazu kommt die Notwendigkeit der Reduzierung von Bürokratie sowie von umfassenden Bildungsinvestitionen. Damit sich die Transformationsanstrengungen der Unternehmen lohnen, muss sich hier dringend etwas tun, denn der Standort Deutschland hat nur dann eine Zukunft, wenn Unternehmen attraktive Bedingungen für das Wirtschaften vorfinden.



Dr. Vera Demary

Leiterin des Clusters Digitalisierung und Klimawandel, Institut der Deutschen Wirtschaft, Köln.

Foto: IW

Wirtschaftsberichterstattung und Fertilität – eine Untersuchung zu Italien und Deutschland

von Maria Francesca Morabito¹, Raffaele Guetto¹, Matthias Vollbracht², Daniele Vignoli¹

Im letzten Jahrzehnt war in den meisten europäischen Ländern ein allgemeiner Rückgang der Geburtenrate zu verzeichnen. Dieser allgemeine Trend scheint über die individuellen und kontextuellen wirtschaftlichen Bedingungen hinauszugehen. Er betrifft sogar die nordischen Länder, die nach der Großen Rezession keine harten wirtschaftlichen Bedingungen erlebten, welche normalerweise die Fertilitätsraten drücken.

Die in der Literatur üblicherweise herangezogenen wirtschaftlichen und arbeitsmarktbezogenen Prädiktoren der Fertilität erklären die aktuellen Fertilitätstrends nicht vollständig.^{3,4} Die Forscher fragen sich, ob es Kräfte gibt, die Fertilitätsentscheidungen antreiben, die bisher nicht berücksichtigt wurden. In der Tat treffen Menschen ihre Lebensentscheidungen, einschließlich der Entscheidung für ein (weiteres) Kind, nicht nur auf der Grundlage objektiver wirtschaftlicher Zwänge, sondern auch auf der Grundlage ihrer *gesellschaftlich konstruierten Vorstellungen von der Zukunft*.⁵ Die täglichen Gespräche mit der Familie und Gleichaltrigen über die Entwicklung der nationalen Wirtschaft sind für die Ausrichtung dieser Vorstellungen von entscheidender Bedeutung und werden von der wichtigsten Quelle für wirtschaftliche Informationen beeinflusst: den Medien.⁶ Die Medien bestimmen den öffentlichen Diskurs, indem sie die zu berichtenden Fakten auswählen und ihnen in ihrer Berichterstattung mehr oder weniger Bedeutung beimessen. Darüber hinaus beeinflussen der Ton und die Perspektiven (Frames), mit denen Medieninhalte gestaltet werden, deren Wahrnehmung durch das Publikum.⁷

Die Entscheidung, ein (weiteres) Kind zu bekommen, ist immer mit Unsicherheit verbunden. Heutzutage haben jedoch die zahlreichen technologischen Veränderungen, die Globalisierung, die große Rezession und die COVID-19-Pandemie die wahrgenommene (wirtschaftliche) Unsicherheit noch verstärkt. Die Menschen benötigen daher zunehmend Informationen über die wirtschaftlichen Bedingungen, um ihre Entscheidungen zu treffen. Angesichts der zunehmenden wirtschaftlichen Ungewissheit in den heutigen Gesellschaften können die von den Medien vermittelten Informationen über die Wirtschaft daher eine wichtige Rolle bei der Beeinflussung von Fertilitätsentscheidungen spielen.⁸



Dies ist der Kerngedanke zweier neuerer Studien zur Fertilität. Sie untersuchen den Zusammenhang zwischen Wirtschaftsberichterstattung und individueller Fertilität in zwei westeuropäischen Ländern unter Berücksichtigung der individuellen und kontextuellen wirtschaftlichen Bedingungen. Die erste Studie befasst sich mit dem italienischen Fall und verwendet *Media Tenor*-Daten über die Wirtschaftsberichterstattung in den Abendnachrichten (TG1) des meistgesehenen Fernsehsenders (Rai 1)⁹. In der zweiten Studie werden *Media Tenor*-Daten zur Wirtschaftsberichterstattung in den auflagenstärksten deutschen Wochenzeitschriften (*Der Spiegel*, *Focus* und *Bild am Sonntag*) verwendet, um deren Zusammenhang mit der individuellen Fertilität in Deutschland zu untersuchen.¹⁰ Die Fallstudien sind besonders interessant, da Deutschland im europäischen Szenario durch einen außergewöhnlichen Anstieg der Fertilität hervorsteicht, während Italien durch extrem niedrige Fertilitätsraten auffällt. In beiden Ländern ist die Häufigkeit der Wirtschaftsnachrichten von allen Nachrichten negativ mit der Wahrscheinlichkeit korreliert, ein (weiteres) Kind zu bekommen. Wenn die Zahl der negativen Wirtschaftsnachrichten höher ist, wird eine geringere Empfängniswahrscheinlichkeit beobachtet, während das Gegenteil der Fall ist, wenn mehr positive Nachrichten gemeldet werden.

1 Department of Statistics, Computer Science, Applications “G. Parenti”, University of Florence, Viale Morgagni, 59, 50134 Florence, Italy.

2 *Media Tenor* International AG, Talacker Strasse, 41, 8001 Zürich, Schweiz.

3 Alderotti, G., Vignoli, D., Baccini, M., & Matysiak, A. (2021). Employment uncertainty and fertility: A network meta-analysis of European research findings. *Demography*, 58, 871-900. <https://doi.org/10.1215/00703370-9164737>

4 Comolli, C. L. (2017). The fertility response to the Great Recession in Europe and the United States: Structural economic conditions and perceived economic uncertainty. *Demographic Research*, 36, 1549-1600.

5 Vignoli, D., Bazzani, G., Guetto, R., Minello, A., & Pirani, E. (2020). Uncertainty and narratives of the future. A theoretical framework for contemporary fertility. In R. Schoen (Ed.), *Analyzing contemporary fertility* (pp. 25-47). Berlin, DE: Springer.

6 Joris, W., d’Haenens, L., & Van Gorp, B. (2014). The euro crisis in metaphors and frames: Focus on the press in the low countries. *European Journal of Communication*, 29, 608-617.

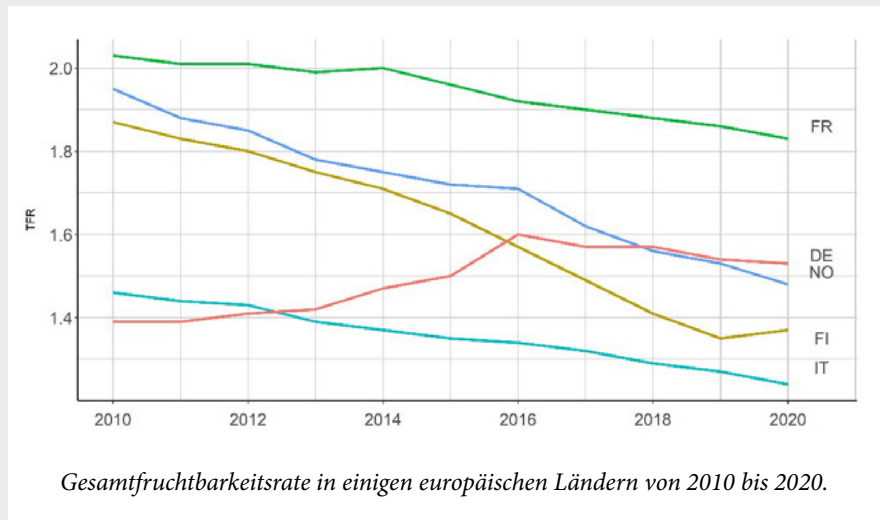
7 de Vreese, C. H. (2005). News framing: Theory and typology. *Information design journal & document design*, 13, 51-62.

8 Vignoli, D., Guetto, R., Bazzani, G., Pirani, E., & Minello, A. (2020b). A reflection on economic uncertainty and fertility in Europe: The narrative framework. *Genus*, 76(28).

9 Guetto, R., Morabito, M.F., Vignoli, D., & Vollbracht, M. (2021). *Media coverage of the economy and fertility* (Working Paper No. 12). University of Florence, Department of Statistics, Computer Science, Applications “G. Parenti”, Florence.

10 Morabito, M. F., Guetto, R., Vollbracht, M., and Vignoli, D. (2022). The relationship between economic news and fertility: the case of Germany. In A. Balzanella, M. Bini, C. Cavicchia, and R. Verde (Eds), *Book of the Short Papers* (pp. 1002-1007). Pearson.

Interessanterweise hängt das Ausmaß dieser Assoziationen wahrscheinlich vom Kontext ab: In Italien, wo die wirtschaftliche Lage eher turbulent ist, ist eine Verbesserung der Berichterstattung über die Wirtschaft wichtiger als eine Verschlechterung, während in der stabilen deutschen Wirtschaft negative Nachrichten die Fruchtbarkeit mehr hemmen als positive sie fördern. Daraus lässt sich ableiten, dass je ungewöhnlicher der Ton einer Nachricht im Vergleich zum Standardzustand der nationalen Wirtschaft ist, desto entscheidender scheint sie das Fertilitätsverhalten zu beeinflussen, indem sie eine „Distanzerfahrung“ zur gewohnten Routine bietet¹¹. Obwohl es sich hierbei um Korrelationsstudien ohne Kausalaussagen handelt, stützen sie die Hypothese, dass Medienberichte über die Wirtschaft eine entscheidende Rolle bei der Gestaltung von Fertilitätsentscheidungen spielen.



Der vorliegende Artikel ist eine Zusammenfassung des folgenden Beitrags. Dort sind auch die Modelle und Berechnungen veröffentlicht: Guetto, R., Morabito, M. E., Vollbracht, M., & Vignoli, D. (2023). Fertility and Media Narratives of the Economy: Evidence From Italian News Coverage. *Demography*, 60(2), 607-630.

11 Mische, A. (2009). Projects and possibilities: Researching futures in action. *Sociological Forum*, 24, 694-704.



Maria Francesca Morabito

Postdoctoral Researcher at the University of Florence

Über die GWE

Das Ziel

Die GWE ist ein Verein zur Förderung von Forschung und Lehre in den Wirtschaftswissenschaften auf Grundlage einer Ethik, die auf dem biblischen Welt- und Menschenbild beruht.

Die Arbeit

Wir regen Forschung zu wirtschaftsethischen Fragen an und unterstützen diese, führen Fachtagungen und Seminare durch und geben Bücher zu verschiedenen Themen der Wirtschaftsethik heraus.

Vorstand

Vorsitzender der GWE e.V. ist Prof. Dr. Christian Müller, stellvertretender Vorsitzender ist Prof. Dr. Harald Jung, Ehrenvorsitzender ist Prof. i.R. Dr. h.c. Werner Lachmann Ph.D.. Darüber hinaus gehören dem Vorstand an: Prof. Dr. Gerald Mann, Karl J. Möckel, Dr. Matthias Vollbracht, Prof. Dr. Dr. Elmar Nass, Johannes Zabel.

Mitgliedschaft

Wer Christ ist und aktiv die Anliegen der GWE unterstützen möchte, kann einen Antrag auf Mitgliedschaft beim Vorstand stellen.

Bitte teilen Sie uns Adressänderungen rechtzeitig mit.

Impressum

Herausgeber:

Gesellschaft zur Förderung von Wirtschaftswissenschaften und Ethik e.V. (GWE)
 Prof. Dr. Christian Müller, Dr. Matthias Vollbracht
 c/o Institut für Ökonomische Bildung
 Universität Münster
 Scharnhorststraße 100
 48151 Münster
 Tel. +49 (0)175 1117055
 E-Mail: info@wirtschaftundethik.de
 Internet: <http://wirtschaftundethik.de>

Bankverbindung:

Sparda-Bank Nürnberg e.G.
 IBAN: DE82 7609 0500 0001 0210 60
 BIC: GENODEF 1S06

Herstellung & Versand

Layout: Jürgen Bogedain
 Druck: Müller Fotosatz & Druck GmbH
 Johannes-Gutenberg-Str. 1
 95152 Selbitz/Hochfranken
 Telefon +49 (0)92 80 /971-0
www.druckerei-gmbh.de

Wirtschaft & Ethik erscheint halbjährlich.

Die in den einzelnen Beiträgen vertretenen Ansichten stellen nicht unbedingt die Meinungen der Redaktion und/oder der GWE insgesamt dar.

„Wen soll ich senden?“

Gedanken zu Christsein und Politik

von Hans-Jörg Naumer

Wir leben in einem Zeitalter multipler Krisen: Kriege aller Orten. Seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine seit über 70 Jahren auch wieder in Europa. Die Endlichkeit des Lebens wurde uns durch Corona vor Augen geführt. „Autoritäre Systeme“ (vulgo „Diktaturen“) sind auf dem Vormarsch, während die Anzahl der Demokratien in der Folge abnimmt, wie der Human Freedom Index des Cato-Instituts ausweist. Verteilungskämpfe brechen auf und erreichen die Banlieues. Und mitten in diese Zeit – wie zu allen Zeiten – ruft Gott (Jesaja 6,8): „Wen soll ich senden?“

Immer wieder, wenn wir im Gottesdienst für die Politikerinnen und Politiker unseres Landes beten, frage ich mich: Ja, wen soll Gott senden? Und: Wer antwortet wie Jesaja „Hier bin ich, sende mich!“ Schauen wir als Christen nicht viel zu gesellschaftsvergessen auf unsere Gaben und wo wir diese im Kinder-Gottesdienst, bei der Predigt, in der Jugendarbeit, im Küchendienst, ... einsetzen können, ohne uns zu fragen: Wer geht denn in diese Welt? Wie werden wir „Salz und Licht“ in einer Gesellschaft, die längst schon „vergessen hat, dass sie Gott vergessen hat“?

Die Grundlagen unserer Freiheit, unseres Individualismus und in der Konsequenz unseres Wohlstands sind ohne das Christentum und die Bibel nicht denkbar, woran uns ausgerechnet der indische Philosoph Vishal Mangalwadi („Das Buch der Mitte“) erinnert. Beten ist das eine, „Gehen“ bzw. „Senden“ das andere. Beides ist wichtig. Beides ist Arbeit im Feld des Herrn, nur eben auf anderen Parzellen.

Und Arbeit im Auftrag des Herrn wird es genug geben in einer Welt, die von „4 Ds“ der Disruption – Digitalisierung, Deglobalisierung, Demographie und Dekarbonisierung - disruptiert wird. In einer Welt, in der die Verteilungskämpfe (Demographie) weiter zu nehmen, die Datenflut (Digitalisierung) Fake-news und Echokammern verstärkt, die geopolitischen Plattenverschiebungen (Deglobalisierung) zu Beben führen und der Klimawandel (Dekarbonisierung) unser Wirtschafts- und Wohlstandssystem in Frage stellt. Die größte Gefahr ist, dass das 5. D, das Diabolische, die Menschlichkeit disruptiert.

Also: Wer gibt Orientierung in der Orientierungslosigkeit der Datenflut? Wer streitet für Werte und Wahrheit in einer Welt des Relativismus? Wer tritt für Freiheit ein, während rings um uns die autoritären Regime auf dem Vormarsch sind, ja selbst in unserem Land Anhänger finden? Wer streitet für Demokratie, während die Verteilungskonflikte zunehmen, die Anmaßung von Herrschaftswissen zur politischen Haltung zu mutieren droht? Wer schützt die Würde menschlichen Lebens in einer Welt des Hedonismus, der Selbstvergöttlichung und des aufkeimenden Transhumanismus?

Das für mich immer wieder bewegendste Zeugnis, wie Christen in einer Welt wirken, die erschreckender kaum sein konnte, ist die Entstehung der „Freiburger Denkschrift“. Sie wurde von christlichen Volkswirten auf Anregung Dietrich Bonhoeffers verfasst. 1943 (!) fertiggestellt, gingen die Gedanken ihrer Anlage 4 zur Wirtschafts- und Sozialordnung in die Soziale Marktwirtschaft ein. Das ist die Folge von „Hier bin ich, sende mich!“ Als Christen sollten wir genau hinhören, ob wir nicht in die Politik gerufen werden, und wir sollten verhindern, dass unsere Mitchristen den Ruf überhören, vor lauter Gemeindegarbeit. Mehr noch: Wie sollen senden. Politische Arbeit als Arbeit im



Foto: unsplash, Timothy Eberty

Feld des Herrn sollte die Regel nicht die Ausnahme sein. Gemeinden haben immer die Aufgabe des Sendens, nicht des „Zusammen-Glückens“. Sie haben die Aufgabe des politischen Gestaltens, nicht indem sie parteipolitisch werden, sondern indem sie befähigen „Salz und Licht“ in einer gottvergessenden Welt zu sein. Sie haben die Aufgabe des Stärkens, Befähigens, des Zurüstens, des Begleitens durch Gebet und Seelsorge.

Was ich mir für unsere Gemeinden wünsche, ist dass

1. wir nicht aufhören, für Politiker in unserem Land zu beten. Besonders auch für Politiker, deren Politik wir nicht mögen. Es aber nicht beim Gebet bleibt. Wer betet, muss sich auch der Konsequenzen bewusst sein.
2. wir Inseln für Begegnung, Kommunikation und Verständigung werden. Ja, wir brauchen Stätten, wo Menschen wertgeschätzt werden, einfach weil sie Gottes geliebte Kinder – unsere Geschwister – sind. Mir bereitet es große Sorge, dass die „Lagerfeuer“ in unserer Gesellschaft immer weniger und die Echokammern immer mehr und parzellierter werden.
3. wir Menschen geistlich zurüsten, damit sie in der Welt wirken können, nicht nur im Sonntags-Gottesdienst, in der Kleingruppe, der Jugendarbeit, ...
4. wir Gaben nicht nur für die Gemeinde einsetzen. Wenn wir „den Herrn der Ernte (bitten), dass er Arbeiter in seine Ernte sende“ (Matthäus 9,38) sollten wir das gesamte Feld mit allen seinen unterschiedlichen Früchten und Anforderungen an die Bewirtschaftung sehen, nicht nur das Feld der Gemeinde.
5. wir als „Salz und Licht“ die Gesellschaft durchdringen. Nicht mit dem Anspruch, dass wir die Welt retten, sondern in dem Vertrauen darauf, dass sie bereits gerettet ist.
6. wir von der sammelnden zur sendenden Gemeinde werden. Und „Senden“ gilt sichern nicht nur für die Politik, sondern für alle Lebensbereiche.



Dr. Hans-Jörg Naumer

lebt und arbeitet als Volkswirt in Frankfurt. Neben zahlreichen Veröffentlichungen ist er auch (Mit-) Herausgeber zweier Bücher zur Mitarbeiterkapitalbeteiligung und zur Vermögensbildungspolitik, sowie Autor des Essentials „Grünes Wachstum“.



Foto: unsplash

Partner oder Rivale?

Neue Einsichten zur Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Volksrepublik China aus ordnungsethischer Perspektive

von Elmar Nass

Nach Jahrzehnten der Zurückhaltung präsentiert sich die Volksrepublik China als selbstbewusste Weltmacht auf dem internationalen Parkett. Dieser historisch beispiellose (Wieder-)Aufstieg wäre ohne die rasante gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung kaum denkbar. Dabei gibt der ordnungspolitische Rahmen bis heute Rätsel auf. In der Verfassung ist eine „sozialistische Marktwirtschaft“ festgeschrieben. Hierbei handelt es sich nicht um eine liberale, sondern um eine bürokratisch administrierte, autoritäre Ordnung, in der der Staat und damit die Kommunistische Partei die Regeln vorgeben. Die Staats- und Parteiführung kontrastiert in letzter Zeit verstärkt die nationale Sonderstellung Chinas als Gegenmodell zu den marktliberalen Gesellschaften des Westens und lockt potenzielle Partner in Afrika und Südostasien mit finanziellen Mitteln für gewaltige Entwicklungsprojekte („neue Seidenstraße“). Ziele sind Dominanz und der Aufbau eines „neuen Reiches der Mitte“.

In seinem aktuellen Buch „Ziele und Werte ‚sozialistischer Marktwirtschaft‘“ legt Prof. Nass aufbauend auf einer Analyse der aktuellen chinesischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung das Wertefundament der aktuellen chinesischen Politik offen. Damit soll das kritische Nachdenken über die Ordnungsethik westlicher Ökonomie einerseits, ein verantwortbares Verhalten des Westens gegenüber China andererseits herausgefordert werden.

1. Der ökonomische Pragmatismus der Chinesen ist legendär, da stellt sich gleich zu Beginn die Frage, ob die Wirtschaftsordnung dort überhaupt eine Rolle spielt?

Dieser Pragmatismus folgt einem obersten Ziel. Für die Wirtschaft Chinas besteht das höchste gesellschaftliche Ziel darin, die Macht der Kommunistischen Partei Chinas (KPC) zu sichern. Das ist nach dem Bild eines früheren Beraters von Deng Xiaoping der Käfig, in dem sich alles weitere abspielen muss. Dies ist die oberste Werte-Ebene. Das Spiel im Käfig muss dann wirtschaftlichen Erfolg und umerzogene Menschen hervorbringen, die dem Kollektiv dienen und sich für die Partei aufopfern. Das ist die abgeleitete, zweite Werteebene. Die Wirtschaftsordnung schließlich soll diesen sekundären Zielen von Wohlstand und Umerziehung dienen. Das ist die dritte Werte-Ebene. Mo-

mentan ist eine Staatswirtschaft mit marktwirtschaftlichen Elementen dazu das ausgewählte Instrument. In zehn Jahren wird es womöglich eine andere Ordnung sein.

2. Die chinesische Regierung fährt im Moment einen sehr vorsichtigen Kurs in Sachen Wirtschaft – wie steht es um die „sozialistische Marktwirtschaft“ im Moment?

Staatliche Reglementierungen haben unter Xi Jinping wieder zugenommen. Marktwirtschaftliche Instrumente wie Privateigentum und Unternehmertum werden durch die Partei verstärkt kontrolliert. Auch nimmt die chinesische Führung wahr, dass mit der Marktöffnung so genannte kapitalistische Untugenden wie Geiz, Korruption und Gier das konfuzianisch geprägte

Ziel der Harmonie gefährden. Die KPC sucht deshalb nach der Alternative einer passenden Sozialkultur im Käfig. Dies führt zu einer Zurückdrängung des Marktes und zu einem Erstarren kollektivistischer Staatswirtschaft.

3. Ist das deutsche bzw. westliche Konzept des Wandels durch wirtschaftliche Annäherung im Umgang mit China eigentlich gescheitert?

Ja. In China zielt die Mischung aus Kommunismus, Konfuzianismus und Patriotismus auf einen globalen hegemonialen Anspruch: wirtschaftlich, politisch und auch militärisch. Patriotische Auslandschinesen importieren kaum Freiheitswerte, sondern vor allem nützliches Know-How und Devisen. Die KPC will möglichst bald die Regeln der Weltordnung nach ihren Zielen bestimmen. Das hat Xi Jinping immer wieder in seinen Reden ausdrücklich gefordert. Ein Wandel zu einer freiheitlichen Ordnung ist nicht in Sicht. Repression gegenüber Andersdenkenden und Sozialkontrollen im Land werden verschärft und perfektioniert. Und sie werden von einer Mehrheit toleriert, die schon zu neuen sozialistischen Menschen umerzogen wurden. Die können mit freiheitlichen Werten in unserem Sinne nichts anfangen.

4. Was würden Sie vor diesem Hintergrund für die künftige Gestaltung der wirtschaftlichen Beziehungen raten?

Ziel muss es sein, dass chinesische und westliche Unternehmen und Regierungen auf Augenhöhe ehrlich miteinander verhandeln und handeln. Davon sind wir derzeit weit entfernt, sind wir doch in hohem Maße abhängig von China (Rohstoffe, Lieferketten, Arbeitsplätze, Absatzmärkte u.a.). Solange uns das daran hindert, offen etwa unlautere Verträge (etwa der so genannten

Seidenstraße) oder Menschenrechtsverletzungen zu benennen, besteht aus ethischer Sicht eine Schiefelage. Deshalb müssen die Abhängigkeiten Schritt für Schritt abgebaut und neue Handelspartnerschaften etwa mit Indien, Japan, Taiwan u.a. umgehend weiter ausgebaut werden.



Prof. Dr. theol. Dr. soc. Elmar Nass

ist Inhaber des Lehrstuhls für Christliche Sozialwissenschaften und gesellschaftlichen Dialog an der Kölner Hochschule für Katholische Theologie und dort zudem Prorektor.

Quelle der Erstveröffentlichung:
Kohlhammer Blog Wirtschaftswissenschaften vom 27.7.2023
<https://blog.kohlhammer.de/wirtschaftswissenschaften/>



Ziel muss es sein, dass chinesische und westliche Unternehmen und Regierungen auf Augenhöhe ehrlich miteinander verhandeln und handeln.



Foto: unplash, Emilie Guillemot

Wohlstand für alle

Christliche Werte und die Grundsatzprogrammdiskussion der CDU

von Elmar Nass

„Wohlstand für alle“ ist ein zentrales Versprechen Sozialer Marktwirtschaft. Es einzulösen, bleibt bis heute ein sozialetischer Anspruch. Wohlstand in Deutschland sei gefährdet. Ein schon erreichtes Niveau schmelze ab. Das ist allerorts zu hören. Das mag zynisch klingen in den Augen derer, die auch schon in den fetten Jahren des Wirtschaftsbooms am Rande der Gesellschaft standen und in prekären Verhältnissen lebten. Gemeint ist mit der Sorge um verloren gehenden Wohlstand aber eine gesamtgesellschaftliche Perspektive. Das heißt: Die Sorge besteht darin, dass ein Wohlstandsabstieg Deutschlands durchschnittlich alle Schichten trifft. Es werde also den meisten Menschen damit (noch) schlechter gehen als jetzt. Verwiesen wird dabei auf ganz unterschiedliche Ursachen: etwa auf die noch nicht absehbaren Folgen des Ukraine-Krieges, auf Lieferketten und Abhängigkeiten von China, auf wachsende Rüstungsausgaben, auf Inflation, Klimawandel, marode Infrastruktur (Bahn, Autobahnen, digitale Vernetzung) und kollabierendes Gesundheitswesen, auf angehäufte Staatsschulden in der Corona-Krise, auf Kürzungen im sozialen Sektor, auf die hohe Zahl von Flüchtlingen im Land, auf sinkende Leistungsbereitschaft, schlechte Bildungswerte, düstere Aussichten von Unternehmen und mangelnde Investitionsbereitschaft sowie die Abwanderung von Schlüsselindustrien und Wissenschaft ins Ausland und vieles andere mehr. Nun ja, die Deutschen haben schon immer einen Hang zum Extremen. Und nun wird gerade alles schlecht geredet. So mag man meinen. Doch so schnell sollte die Wohlstandssorge nicht zur Seite geschoben werden. Denn sie prägt das Denken der Menschen und bahnt womöglich sich selbst erfüllende Prophezeiungen von Unheil an.

Die CDU hat sich in ihrem Prozess zu einem neuen Grundsatzprogramm in einer zentralen Fachkommission mit dem Thema Wohlstand beschäftigt. Hier geht es auch um grundsätzliche Fragen von Menschen- und Gesellschaftsbild, von Freiheit und sozialer Gerechtigkeit. Sie sind die Wertebasis um zu verstehen, was eigentlich Wohlstand ist und sein soll. Dabei spielt die christliche Sozialethik eine zentrale Rolle. Doch der kurzlebige Alltag politischer Profilierung ließ zunächst kaum Platz für grundsätzliche Überlegungen. Da wurde bloß geschaut auf einige Ideen zu einer Steuerreform, die von der Kommission angestellt wurden. Die haben reichlich medialen Wirbel ausgelöst. Christian Lindner stürzte sich darauf mit der Behauptung, die CDU wolle womöglich die Mittelschicht noch mehr belasten. Wer dagegen die Entwürfe der Kommission aufmerksam liest, sieht sofort, dass solche Empörung nichts weiter war als populistisches Getöse. Tatsächlich schlägt die Kommission eine deutliche steuerliche Entlastung unterer, mittlerer und höherer Einkommen vor. Allein der Spitzensteuersatz soll angehoben werden. Aber der soll in Zukunft nur noch für die Super-Einkommen gelten. Davon wären also nur noch sehr wenige betroffen. Was aber viel bedeutsamer ist als solche Tagespolitik: Hinter den Plänen der von Jens Spahn geführten Kommission steht eine Gerechtigkeits- und Freiheitsidee mit christlich-sozialem Geist. Wesentliche Wertegrundlage ist dazu ein ethisch gehaltvoller Wohlstands-begriff. In der Tradition von Ludwig Erhard ist danach materieller Wohlstand die Voraussetzung für Unabhängigkeit und Freiheit. Das ist das klare Gegenmodell zu dem heute in China propagierten Wohlstandsziel. Dieses will durch die Umerziehung zu



Foto: signelementis.com

neuen Menschen und dadurch erzielte kollektive Harmonie die Dominanz der herrschenden Partei absichern. Für Erhard ist Wohlstand dagegen Ausdruck individueller Freiheit mit sozialer Verantwortung. Freiheitlicher Wohlstand entsteht nicht durch einen vorsorgend alimentierenden Wohlfahrtsstaat, sondern durch Leistung und selbst erwirtschaftetes Einkommen. Solidarische Unterstützung erhalten dabei selbstverständlich die Hilfsbedürftigen. Erhard sieht Wohlstand ausdrücklich mit Eigen- und Sozialverantwortung verbunden. Denn die Soziale Marktwirtschaft ist ihrem Wesen nach eine christlich-soziale Kulturidee, in der jeder im Sinne der Subsidiarität das beiträgt, was er beitragen kann. Zum Wohlstand gehört qualitativ immer auch die Befähigung der Menschen, die Güter zugunsten von Gemeinwohl und sozialem Frieden effizient nutzen zu können. Voraussetzung dieser positiven Freiheit sind dann auch Bildung und Moral. Nicht etwa allein Geld und Eigennutzenmaximierung. Wohlstand als gesellschaftliches Ziel hat also auch einige anspruchsvolle sozialetische Dimensionen. Personale Freiheit und individuelle Leistung, Solidarität und Subsidiarität, Gemeinwohl, sozialer Friede und Tugend müssen im Wohlstandsbegriff mitgedacht werden, wenn er in der Tradition von Ludwig Erhard und Sozialer Marktwirtschaft stehen will. Dazu gehört zweifellos die viel zu wenig realisierte Förderung von Unternehmensbeteiligung in Arbeitnehmerhand. Und Steuergerechtigkeit muss für Leistungsfähige die Unabhängigkeit von staatlicher Alimentierung bedeuten. Dazu braucht es Entlastungen gerade in der Mittelschicht. Sonst wandern Leistungsträger ab und Investitionen fallen aus. Allein für die Superreichen, die ohnehin materiell unabhängig sind, ist eine moderate Mehrbelastung gerechtfertigt. Solche politischen Konsequenzen werden aus dem christlich-sozialetischen Wohlstandsbegriff abgeleitet.

Wie sie sich durchsetzen werden, ist abzuwarten. Die Diskussion als solche hat aus christlich-sozialetischer Sicht einen Eigenwert. Denn sie ist eine Antwort auf die von Kardinal Reinhard Marx angesichts der kirchlichen Mitgliedererosion gestellte Frage: „Was ist unsere Aufgabe, unser gemeinsames Wirken?“ Kirchen und Theologie sollten sich auf die Schätze ihres Glaubens und ihrer Lehre besinnen. Die Katholische Soziallehre etwa ist ein solcher Schatz, der einen gefragten ethischen Kompass für die wirklich wichtigen sozialen Fragen der Menschen anbietet.



Prof. Dr. theol. Dr. soc. Elmar Nass

ist Inhaber des Lehrstuhls für Christliche Sozialwissenschaften und gesellschaftlichen Dialog an der Kölner Hochschule für Katholische Theologie und dort zudem Prorektor.

Erstabdruck in: Kirchenzeitung für das Erzbistum Köln vom 13.8.2023: 17. Elmar Nass ist externer wissenschaftlicher Sachverständiger der Fachkommission Wohlstand der CDU.